

Das große Denunzieren auf den Gleisen

Die [taz beweist](#) gerade, dass es einen Zusammenhang zwischen Gendersternchen und dem Hang zur Denunziation gibt. Der Autor Juri Sternburg hat sich auf den Blogger Don Alphonso schon früher [eingeschossen](#).

Die zahlreichen sprachlichen Entgleisungen und Aktivitäten des Welt-Bloggers Don Alphonso...

Man fragt sich – natürlich metaphorisch! -, wo und was die Schienen sein mögen oder die Weichen, von denen man „entgleisen“ könnte? Vielleicht die Normsprache der öffentlich-rechtlichen Anstaltsinsassen? Oder der esoterische Jargon der *taz-Autori: _I*nnen?*

By the way, liebe *taz*-Trollinnen: Wenn Don Alphonso in seinen Artikeln unsauber recherchieren würde, könnte man dagegen klagen, oder? Und was haltet ihr da in der *taz* von *free speech*?

Staatsknete für Medien



Gern widerspreche ich Kollegen, vor allem dann, wenn sie falsch liegen oder dummes Zeug von sich geben und noch lieber, wenn sie ein wichtiges Ehrenamt ausüben oder alles zusammen.

And now for something totally different. Es begab sich aber zu der Zeit, als die Pandemie die Medien schwer beutelte, zum Teil aber auch wegen ihres Totalversagens, das Internet und das Digitale betreffend, in der Vergangenheit, dass der Kollege [Steffen Grimberg](#), vormals taz und vermutlich deshalb gendersternchengeschädigt, jetzt freischaffend und dem- und naturgemäß nach Ämtern strebend, die dem Journalistenleben einen Sinn geben könnten und – nicht ursächlich zusammenhängend mit Letzterem – seitdem sich einige geheime Seilschaften ergaben, großer Vorsitzter des hochwöhlloblichen DJV Berlin/JVBB, in dem sich bekanntlich die Massen aller Journalisten sammeln, anhub zu schreiben, zu [diesem oder jenen](#), hier insbesondere, was wie zu regulieren sei (um den vom ihm gewählten Nominalstil zu umgehen).

Der erste Satz des ~~Neuigkeitenbriefes~~ Newsletters überanspricht ein wenig die Logik einfach gestrickter Menschen wie mich, da das Unwesentliche voranhoppelt (wann: „am Montag dieser Woche“), danach noch mehr Unwesentliches hinterdreingaloppiert (wo: „im Netz“), dann wichtige

Motivlagen erwähnt werden wollen (warum: „auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“), das Publikum aber derweilen schon beginnt, mit den Füßen zu scharren, da nach 17 Wörtern (!) das erste Verb folgt, was den ehernen Gesetzen der Verständlichkeit eines Satzes nach Wolf Schneider und anderen Stilkundigen grob widerspricht, und – auch Mark Twain hätte sich schon beschwert! – immer noch nicht klar ist, worum es eigentlich geht, dann – oh! Überraschung! – ein weiteres Tuwort: Jemand sagte etwas, nein halt, sogar etwas „bemerkenswertes“, wobei man nicht weiß, vom wem bemerkt oder auch nicht. Der Vertreter der Lautsprecher der herrschenden Klasse, der etwas sagte, wird danach lang und breit zitiert: „Es kommt auf die Journalisten und die Verleger an“ – wer hätte das gedacht? Und warum wird hier eine Volksgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit suggeriert, die es noch nie gegeben hat?

Damit meinte er ausdrücklich nicht die direkte Presseförderung des Bundes, bei der nach wie vor völlig unklar ist, wie und wann sie kommt.

Wait a minute. Staatsknete für Medien? Wer will das denn? Ist es denn nicht auch „unklar“, ob sie kommt und, was viel wichtiger ist, ob sie gewünscht wird, vom Volk, von den Herrschenden und auch den marginalisierten Lohnschreibern und den am Rande der Existenz dahinkrebsenden Freiberuflern? Und was meinen die Insassen der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die gut abgesichert auf ihren Breitärschen der Rente entgegengremienvorbehalten? Wollen die noch mehr von meinen Zwangsgebühren für sich abzweigen?

Ach? Der [Staat fördert schon](#) längst? Die [Tageszeitung](#) schrieb im August 2020:

Noch im November vergangenen Jahres hatte der Bundestag beschlossen, die deutschen Verlage bei der immer teurer werdenden Zustellung gedruckter Zeitungen zu unterstützen. 40 Millionen Euro hätte es dafür in diesem Jahr geben sollen. Seitdem hatte die Branche vor allem versucht, das zuständige

Bundesarbeitsministerium in ihrem Sinne zu bearbeiten – auf weitere Details wartete man aber vergebens. Dann kam aber die Coronakrise – und nun ist das alles überraschend vom Tisch. Auf Antrag der Regierungskoalition hat der Haushaltsausschuss in einer nichtöffentlichen Sitzung entschieden, dass in den kommenden Jahren insgesamt bis zu 220 Millionen Euro zur Unterstützung des kriselnden Journalismus fließen sollen. Von „Zustellförderung“ ist nun keine Rede mehr, es soll plötzlich um die „digitale Transformation“ gehen.

Dann steht im DJV-Newsletter also gar nichts Neues? Nein, aber man muss am Ball bleiben, zumal aus gut unterrichteten Kreisen zu hören ist, dass ~~das Kapital~~ die Verleger Dutzende von Leuten dafür bezahlen, dass diese die Websites von Journalistenverbänden ganztägig beobachten, um ja nicht zu verpassen, was dort Relevantes zu lesen ist.

And now for something completely different: *Was effektive Maßnahmen gegen die „Supermonopolisten“ angeht, lohnt ein Blick auf Australien. Dort hat die Regierung Google den Kampf angesagt und einerseits klare rechtliche Beschränkungen zur Verwendung persönlicher Daten durch die Internet-Giganten eingeführt.*

Wait a minute again. Da ist noch nichts in trockenen Tüchern, berichtet [die Tagesschau](#). Man lässt nur die virtuellen Muskeln spielen, es steigt Rauch auf aus den Mündern, und wie immer wird Google gewinnen. So what? Man beschwert sich über eine erschreckliche „Marktmacht“. O heilige Einfalt! Je ein Kapitalist schlägt eine andere Suchmaschine tot, bis nur noch eine übrig ist – steht das nicht so irgendwo? Sie hätten sich eben vorher was überlegen müssen. Warum hat Australien nicht Amazon, Ebay und Google erfunden? Oder die Deutschen?

Ich begrüße lebhaft, wenn die Kleinbourgeoisie in jeder Branche zu Tode geprügelt wird. Dann ist es viel einfacher, nach der Revolution ~~den Kommunismus einzuführen~~ alles zu verstaatlichen oder den Anteil der Staatsunternehmen so groß

zu halten, ~~dass es immer genügend Impfstoff gibt~~ dass man mit China Schritt halten kann, wenn es darum geht, die Produktivkräfte zu entwickeln. Weniger Formulare und weniger Klagen und so.

Ich frage mich die ganze Zeit: Was will mir der DJV-Newsletter eigentlich verkünden?

Markttaugliche indische Bauern



Ich darf das Publikum auf den Klassenkampf der indischen Bauern aufmerksam machen. Die Deutsche Welle zum Beispiel berichtete am [28.11.20](#) („Indiens Bauern gehen wieder auf die Straße“), am [08.12.20](#) („Die Wut der indischen Bauern“), am [26.01.21](#) („Massiver Bauernprotest an Indiens Festtag“) und am [01.02.21](#) („Die ökologischen Hintergründe der Agrarkrise in Indien“).

Die Aufgabe bürgerlicher Medien ist natürlich, den Begriff „Klassenkampf“ zu vermeiden und auch den Kapitalismus mit seiner inneren Dynamik nicht zu erwähnen, sondern „Klima“,

„nachhaltig“ und „Ökologie“ herumzuraunen, um das Thema zu entpolitisieren, oder von „[Deregulierung](#) der Landwirtschaft“ zu faseln (damit niemand mehr weiß, [worum es eigentlich geht](#), wenn dieses Wort benutzt wird).

Zaghafte schimmert es dann doch durch: „...Widerstand gegen eine von [Modi](#) geplante Agrarreform, die aus Sicht der Kritiker eine zunehmende Dominanz von Großunternehmen in der Landwirtschaft zur Folge hätte.“

Die [taz](#) findet zunächst die Kopfbedeckungen der Demonstranten wichtig und interessant (oder es ist ein verunglückter „szenischer Einstieg“) und zitiert dann: *„Es lebe die Einheit der Bauern und Arbeiter“*, *tönt es aus dem Traktorkorso immer wieder und „Inquilab Zindabad“ („Lang lebe die Revolution“)*, *eine noch aus der indischen Unabhängigkeitsbewegung stammende Parole*. Um welche Gesetze es genau geht, verrät uns die *taz* leider nicht, nur dass diese – Überraschung! – „umstritten“ sei. (So geht bürgerlicher Journalismus.)

Die Deutsche Welle: Die Regierung von Premierminister Narendra Modi hält daran fest, dass die Gesetzgebung, die weniger Regulierungen vorsieht und zu privaten Investitionen in den Landwirtschaftssektor einlädt, dazu dient, das Wirtschaftswachstum zu fördern und die Einkommen der Landwirte zu erhöhen. Die Landwirte hingegen befürchten, dass sie durch die marktfreundlichen Reformen der Ausbeutung großer Unternehmen ausgeliefert werden und sehen ihre Lebensgrundlage gefährdet.

Audiatur et altera pars! Jetzt kann das Publikum entscheiden: Sind wir *marktfreundlich* oder gefährden wir lieber die Existenz der Bauern? Oder ziehen wir den Publikums-Joker?

Ich habe versucht herauszufinden, was genau diese Gesetze regeln (habe aber die Original-Texte nicht gefunden): *Bisher wurde Getreide auf staatlich organisierten Großmärkten zu garantierten Mindestpreisen gehandelt. Nach der Reform sollen*

die Bauern ihre Ware ohne Zwischenhändler auch direkt an Privatfirmen verkaufen können. Die Regierung argumentiert, die Erzeuger könnten so höhere Gewinne erzielen. Landwirte fürchten dagegen einen Preisverfall, da sie bei Verhandlungen mit Agrarkonzernen in einer schwächeren Position wären. Der [„freie“ Markt](#) wird es also richten?

Indien hat 1,3 Milliarden Einwohner, davon sind [500 Millionen erwerbstätig](#), davon sind rund 300 Millionen Bauern. Das ist schon eine Menge, [mit der man etwas erreichen kann](#).

Die „Linke“ und die „Grünen“ hierzulande würde natürlich den Protest nicht vorbehaltlos unterstützen, sondern zunächst fragen, ob da keine [„Rechten“](#) mitmachen und ob die Landwirt*_I.&%innen sich auch genderpolitisch korrekt ausdrücken.

(In einem Bericht der *Deutschen Welle* [vom Mai](#) wird der aktuelle Klassenkampf gar nicht erwähnt, sondern nach Art einer Homestory erzählt, dass sich im Zuge der Pandemie die Bauern direkt an die Kunden wenden wollen – das wäre, wenn ich das richtig verstehe, genau das, was die Herrschenden in Indien mit dem neuen Gesetz erreichen wollen.)

[Im Dezember](#) hieß es: *[Die Bauern] ..verlangen die Rücknahme von drei Gesetzen der Regierung, mit denen der Sektor für Privatinvestoren geöffnet werden soll. Bisher können Landwirte ihre Erzeugnisse an staatliche Kooperativen verkaufen, die ihnen Mindestpreise garantieren. Künftig sollen sie ihre Produkte auf dem freien Markt verkaufen – auch an Supermarktketten.*

Das hört sich schon viel härter an. Jeder, der einen IQ oberhalb der Zimmertemperatur hat, weiß seit den [Gracchen](#), wie das ausgehen wird: Die kleinen Bauern werden ruiniert und Proletarier (die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft – falls jemand nicht weiß, was das ist). Großbauern und Konzerne gewinnen, ob „nachhaltig“ oder nicht.

Quod erat demonstrandum.

Am [12.01.21](#) stoppte das [höchste Gericht Indiens](#) die drei Gesetze. (Die letzte Pressemeldung des Gerichts ist vom Juli 2018.) Das Problem wird damit nur [aufgeschoben](#), nicht aber gelöst.

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern!

Man macht sich so seine Gedanken, ob man manipuliert werde oder nicht, und wenn ja, wie. Ein schönes Beispiel ist heute [Spiegel online](#) mit einem wie gewohnt reißerischen Teaser, der aber vom Inhalt des betreffenden Artikels noch übertroffen wird. Mäkeln wir ein wenig herum, obwohl das natürlich völlig sinnlos ist:

„Jens Spahn verteidigt vor dem Bundestag seine Impfstrategie“ suggeriert, dass er eine habe. Das kann man anzweifeln. Mein Vorschlag: „Peinlich: Jens Spahn behauptet vor dem Bundestag, er habe eine Impfstrategie.“

„Das zweite Impeachment von Donald Trump nimmt Fahrt auf.“ Auch das suggeriert etwas Falsches: Das Impeachment ist bloße heiße Luft, weil es im US-Senat eine Zweidrittel-Mehrheit geben müsste, um Trumps Schuld festzustellen. Das wird vermutlich nicht erreicht werden. Auch wird niemand juristisch beweisen können, dass der Präsident ursächlich für die Aktionen des Mobs im Kapitol verantwortlich gewesen ist. Mein Vorschlag: „Die Gegner Donalds Trumps manövrieren sich mit großen Radau und mit Karacho in eine Sackgasse.“

„Die peinliche Schwäche der EU gegen China“ – was soll denn das heißen? Staaten zeigen Stärke? Rückkehr zur [Kanonenbootpolitik](#)? [Kiautschou](#) soll Deutsch bleiben? Und wem ist etwas [peinlich](#)? Dem deutschen Volk? Der Bevölkerung? Dem Kapital? Oder nur dem Autor, der sich hier blamiert und alle journalistischen Grundsätze vernachlässigt?

Wenn Journalisten zu viel meinen: Im Artikel wird für Sanktionen gegen die VR China gehetzt – wegen der [Uiguren](#). Das ist gar kein Journalismus mehr, sondern reine und nackte Propaganda. Ich wäre ganz schön bescheuert, wenn ich für so etwas noch Geld bezahlen würde.

Audiatur et altera pars: „Study shows that in the process of eradicating extremism, the minds of Uygur women in Xinjiang were emancipated and gender equality and reproductive health were promoted, making them no longer baby-making machines. They are more confident and independent.“ Das twitterte die chinesische Botschaft. Der Tweet [wurde von Twitter zensiert](#).

Wenn es der „Wahrheitsfindung“ dient, sind alle Mittel offenbar recht.

Cancel Culture, 1.0



Ist jemand hier Couponschneider? Das Kapital in den USA setzt jetzt bekanntlich auf Klimaschutz, Vielfalt und Diversity! USA – jetzt [investieren!](#)

„Durchregieren“, was auch immer das heißt, ist aktuell das Lieblingswort deutscher Medien. Knallhart durchgreifen oder so.

Nachlese: Secret Drama und dein Versprechen an die Bienen



'Station squabble' Sam Rowley/Wildlife Photographer of the Year

Das passt. Als ich die Überschrift im Tagesspiegel las, den Rechtschreibfehler bemerkte und die typischen sinnfreien Texbausteine kritisch beäugte, trudelte die neueste Ausgabe der [Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung](#) ein mit dem Schwerpunkt „Kritik der Extremismustheorie“. Quod erat usw.

Ich glaube aber, dass man die offizielle (und [wissenschaftlich unhaltbare](#)) Staatsdoktrin nicht „kritisieren“ kann, weil sie

für diejenigen, die sie permanent verbreiten wie ein Mantra, eine [wichtige Funktion](#) erfüllt wie Gendersternchen Globuli für Esoteriker oder der Glaube an „Heilige“ für Katholiken. Die „Extremismus“-Theorie ist die [Lebenslüge](#) des vereinigten Deutschland. Sie institutionalisiert sich und inkarniert im [Verfassungsschutz](#).

Ich habe das hier schon so oft geschrieben, seit zwanzig (!) und mehr Jahren, dass ich keine Lust habe, das noch einmal zu erklären. Viel interessanter ist, wie und warum diese Pseudo-Theorie sich [perpetuiert](#) (jaja, „bildungssprachlich, oft abwertend“). So etwas kommt nicht durch Indoktrinierung zustande. Die Autoren des Artikels im *Tagesspiegel* könnten allesamt meine Enkel sein. Es sind naive Textbausteine, die vom weltanschaulichen Horizont des Kleinbürgertums, aus dem die Journalisten fast ausnahmslos stammen, fallen.

Man könnte zunächst bescheiden fragen, was die Unterschied zwischen „extrem“ und „extremistisch“ sei? Jede Wette: Es gibt keinen, den man benennen könnte. „Extremistisch“ hört sich nur böse an, und deswegen will man als angepasster Kapitalismus-affiner Journalist mit so etwas [nichts zu tun haben](#).

Warum sind also die Leute, die man in den Mainstream-Medien mit dem unsäglichen Wort „Querdenker“ bezeichnet, „extremistisch“? Das heiße ja, sie verträten eine Position, des es woanders „gemäßigt“ gibt, nur etwas extremer? Oder wie soll ich das verstehen?

Beispiel: Die Partei „Die Linke“ will den Kapitalismus [nur reparieren](#), sie will das Ausbeutungssystem nicht abschaffen. Was wäre jetzt die „extremistische“ Version? Enteignet die Produktionsmittel? Es lebe der Kommunismus?

Diese Leserschaft wird Antworten finden, da bin ich mir sicher.

Im Namen des Volkes



Das ist ein starkes Argument, wenn man sinniert, was die Protagonisten etwas in „House of Cards“ politisch durchsetzen wollen. Die Ziele sind ungefähr so, als hätten sich Greta und die Jungliberalen zusammengetan, um den Kapitalismus zu erklären. Ein Klischee reiht sich ans andere: Von NGOs und ihrer fragwürdigen „Entwicklungshilfe“ bis zum Dalai Lama, der positiv und plakativ auftaucht und den unpolitischen und pseudofeministischen Mittelschichts-Tussen von [Pussy Riot](#), die natürlich von der Präsidenten-Mischpoke hofiert werden. So stellt sich Hillary Clinton den modernen Kapitalismus vor. Die Armen brauchen mehr Geld usw. – eine Robinhoodisierung der Systemfrage, wie sie hier auch die „Linke“ betreibt: den Reichen nehmen und denen da unten geben. Machiavelli für Kinder eben.

Mich amüsiert, dass in „House of Cards“ die „Volksmassen“, in deren Namen agiert und Politik gemacht wird, nur als dumpfer Pöbel auftaucht, der sich beliebig manipulieren lässt – für jeden Zweck. Das müsste sich hier jemand trauen: Parteitage nur als Kulisse, was sie sind, darzustellen, und oben drüber groß das Motto: „Inhalte überwinden“. Das würden die

öffentlich-rechtlichen Anstalten nie zulassen. Wo bliebe der volkserzieherische Auftrag?

Die US-Amerikaner sind offenbar künstlerisch weiter. Als marxistisch geschulter Zyniker werde ich natürlich jetzt erst recht neugierig. Was sagt es über den Stand der Klassenkämpfe aus, wenn die Mittelklasse, für die solche Serien gemacht sind, mit bloßem Entertainment à la [Förster vom Silberwald](#) nicht mehr zufriedengestellt werden kann? Mittelklasse deshalb, weil die gesamte Ikonografie inklusive der Kostüme passt wie das kleine Schwarze auf den Hintern eines Mädels aus der Werbebranche. Alle Frauen tragen immerzu Stöckelschuhe, alle sind, auch wenn sie fluchen, höflich. Ich hörte gefühlt eine Milliarde Mal „thank you“. Das wird nie, nie vergessen. In Wahrheit fällt niemand aus der Rolle, sogar beim Morden. Natürlich sagt in „House of Cards“ niemand *nigger*. Und, was unbedingt im Sinne der *political correctness* sein muss: Eine [Weiße hat sogar Sex](#) mit einem Schwarzen. Man vergewissert sich gegenseitig – Filmmacher und Publikum -, dass man das nicht als Skandal sieht. Donald Trump würde nicht hineinpassen: Der missachtet zwar nicht die Regeln der herrschenden Klasse, aber die Verhaltenskodices und den unausgesprochenen *common sense*, was vermutlich einer der Gründe der unteren Klassen ist, ihn zu wählen. Die tun das bekanntlich auch nicht.